



Merkels Euro-Kurs vernichtet Jobs in Deutschland

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht, 28. November 2012

"Die Bundeskanzlerin hatte versprochen, Deutschland werde stärker aus der Krise hervorgehen, als es hineingegangen ist. Doch wer ist Deutschland? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren offenbar nicht gemeint", kommentiert Sahra Wagenknecht den Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit bzw. die getrübe Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Angela Merkel ist die erste Kanzlerin, die Deutschland innerhalb einer Wahlperiode zweimal in die Krise steuert. Die von ihr durchgesetzten Kürzungsdiktate für EU-Staaten sind eine Rezession auf Bestellung. Jetzt brechen die Aufträge aus diesen Ländern weg und die Krise trifft den deutschen Arbeitsmarkt. Nur Leiharbeit und Niedriglohnbeschäftigung boomen. Doch erfahrungsgemäß werden Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Abschwung als erste wieder vor die Tür gesetzt. DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für Beschäftigte: Die Binnennachfrage muss durch einen

gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro und ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 125 Milliarden Euro jährlich gestärkt werden, das durch eine Millionärssteuer von fünf Prozent auf Vermögen über einer Million Euro finanziert werden könnte."